

BUND lehnt Fracking in Wasserschutzgebieten ab

Hannover, den 12.08.2011: Die im Wasserschutzgebiet Hagen bei Neustadt durch den Öl- und Gaskonzern Exxon Mobil geplanten Probebohrungen nach Gas lehnt der BUND Region Hannover entschieden ab.

Tiefbohrungen können als Folge von Spülungsverlusten schwere Grundwasserschäden anrichten und haben daher in Trinkwasserschutzgebieten nichts verloren. Auch das Fracking-Verfahren sollte im Bereich nutzbarer Süßwasservorkommen nicht zur Anwendung kommen. Dies geht auch aus einschlägigen Technischen Regeln für Wasserschutzzonen (DVGW Regelwerk Technische Regeln W 101) hervor.

Der BUND fordert die Landesregierung auf, sich der Bundesratsinitiative aus Nordrhein-Westfalen anzuschließen. NRW fordert stark verschärfte Bedingungen für Fracking-Verfahren. Bei diesen Verfahren werden in der Gaslagerstätte künstliche Risse erzeugt und das Gas wird unter Einsatz etlicher Chemikalien aus den tiefen Gesteinsformationen gefördert. Große Anteile dieser z.T. stark Wasser gefährdenden Chemikalien sind nicht rückholbar und verbleiben im Untergrund. Nordrhein-Westfalen will daher erreichen, dass für alle Tiefbohrungen Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) durchgeführt werden müssen.

Die Neue Osnabrücker Zeitung berichtete am 10.08.2011, dass der niedersächsische Wirtschaftsminister Jörg Bode jedoch nur eine UVP für „Maßnahmen mit erhöhtem Risiko“ vorschlage. „Wir fragen Herrn Bode, wo, wenn nicht bei Tiefbohrungen im Wasserschutzgebiet Hagen, aus dem viele tausend Menschen mit Trinkwasser versorgt werden, liegt ein erhöhtes Risiko vor?“ möchte die Vorsitzende Hannelore Plaumann vom BUND Region Hannover wissen.

Der Wasserverband Garbsen-Neustadt hat sich am 08.08.2011 in dem Artikel „Sorge um Trinkwasser“ in dieser Zeitung an die Öffentlichkeit gewandt, weil im Wasserschutzgebiet Hagen bei Neustadt Probebohrungen geplant sind. Auch das Umweltbundesamt hat jetzt wegen: „Potenzieller Gefahren insbesondere für Grund- und Trinkwasser bei Fracking-Bohrungen“ in einer Pressemitteilung vor diesen Verfahren gewarnt. Der BUND fordert daher Minister Bode außerdem auf, das ihm unterstellte Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie anzuweisen, die Exxon Mobil erteilte Genehmigung für diese Tiefenbohrungen im Wasserschutzgebiet Hagen zurück zu nehmen.

Pressekontakt:

BUND Arbeitsgruppe Energie und Technischer Umweltschutz c/o Region Hannover
Tel: 0511 – 66 00 93 – mobil: 0176 – 63 29 93 83 E-Mail: bund.hannover@bund.net